

Gewaltdelikte im Jahr 2023 gemäß PES-BPOL		
Delikt	Rechtsgrundlage im Strafgesetzbuch; Paragraf	Anzahl
Körperverletzungsdelikte	223	13.404
	224	4.932
	225	37
	226	8
	227	1
	229	369
	231	1
	340	34
Raubdelikte	249	726
	250	125
	252	397
	253	97
	255	190
Straftaten gegen das Leben	211	7
	212	33
	222	3
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	240	1.166
	241	5.175
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	125	110
	125a	12
Widerstand gegen die Staatsgewalt	113	3.245
	114	1.728
	115	42
	120	45

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

54. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD) Welche Länder sprechen nach Kenntnis der Bundesregierung zurzeit eine Reisewarnung für Deutschland aus?
55. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD) Für welche bestimmte Regionen Deutschlands sprechen andere Länder nach Kenntnis der Bundesregierung, falls zutreffend, jeweils eine Reisewarnung aus?
56. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD) Aus welchen Gründen sprechen andere Länder nach Kenntnis der Bundesregierung, falls zutreffend, jeweils eine Reisewarnung aus?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann
vom 9. April 2024**

Die Fragen 54 bis 56 werden zusammen wie folgt beantwortet.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Diverse Staaten machen in ihren Reisehinweisen u. a. auf verschiedene Sicherheitsaspekte bei Reisen nach Deutschland aufmerksam, so wie umgekehrt die Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtige Amts grundsätzlich für jedes Land einen Abschnitt zu Sicherheit enthalten. Solche Hinweise auf bestimmte Sicherheitsaspekte entsprechen jedoch nicht notwendigerweise einer Reisewarnung.

Eine systematische Übersicht aller aktuellen Sicherheitshinweise anderer Staaten für Reisen nach Deutschland liegt nicht in konsolidierter Form vor und lässt sich nicht mit vertretbarem Aufwand ermitteln. Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung bestätigt, dass das parlamentarische Informationsrecht unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit steht, siehe Urteil vom 7. November 2017, 2 BvE 2/11, Rz. 249. Es sind alle Informationen mitzuteilen, über die die Bundesregierung verfügt oder die sie mit zumutbarem Aufwand in Erfahrung bringen kann. Weitergehende Recherchen im Sinne der Fragestellung würden die Arbeitsfähigkeit der betroffenen Bereiche massiv einschränken, da sie eine Auswertung einer Vielzahl von fremdsprachlichen Quellen erforderten.

57. Abgeordneter
Michael Brand
(Fulda)
(CDU/CSU)

Welche bilateralen Schritte in Richtung Serbien wird die Bundesregierung nach der in öffentlichen Äußerungen von Präsident Aleksandar Vučić und anderen Vertretern verlautbarten Entscheidung Serbiens unternehmen, den Beitritt der Republik Kosovo zum Europarat zu blockieren und damit das von der Europäischen Union (EU) vermittelte, als verbindlich bezeichnete Übereinkommen zwischen Serbien und Kosovo in einem zentralen Punkt zu brechen, nach dessen Artikel 4 Serbien die Republik Kosovo nicht bei deren Mitgliedschaften in internationalen Institutionen behindern werde (s. auch „Serbiens Präsident Vučić zündelt wieder in der Kosovo-Frage“ vom 26. März 2024, www.derstandard.de/story/3000000213249/serbiens-praesident-vucic-zuendelt-wieder-in-der-kosovo-frage)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Thomas Bagger
vom 8. April 2024

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich den EU-geführten Normalisierungsdialog zwischen Kosovo und Serbien unter Leitung des EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák. Deshalb unterstreicht die Bundesregierung regelmäßig in bilateralen Gesprächen mit der serbischen Regierung ebenso wie mit der kosovarischen Regierung die Erwartung, dass das am 27. Februar 2023 in Brüssel vereinbarte Normalisierungsabkommen zwischen Kosovo und Serbien sowie der am 18. März 2023 in Ohrid vereinbarte Umsetzungsannex von beiden Seiten vollständig und ohne weitere Vorbedingungen umgesetzt werden.

Innerhalb der EU setzt sich die Bundesregierung mit Nachdruck dafür ein, dass die Umsetzung des Normalisierungsabkommens durch Serbien in den EU-Verhandlungsrahmen aufgenommen wird, wie im Grundsatz